

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/6343/2174423/protest-gegen-steuergelder-fuer-meereszerstoerung-greenpeace-aktivisten-klettern-auf-fischtrawler> abgerufen werden.

Greenpeace e.V.

Protest gegen Steuergelder für Meereszerstörung
Greenpeace-Aktivisten klettern auf Fischtrawler in Bremerhaven

02.01.2012 - 08:34 Uhr, Greenpeace e.V.

Bremerhaven (ots) - Kurz vor dem Auslaufen der "Jan Maria" demonstrieren Greenpeace Aktivisten heute in Bremerhaven gegen Subventionen für das Zerstören und Überfischen der Meere durch Fangschiffe. An den Haltetauen der schwimmenden Fischfangfabrik haben sich Kletterer festgemacht. Taucher haben eine Kette an der Schiffsschraube befestigt. Auf Bannern steht: "Keine Steuergelder für Meereszerstörung". "Die Gier der industriellen Fischerei hat die Meere vor unserer Haustür völlig geplündert. Jetzt geht der subventionierte Raubbau weltweit weiter", sagt Iris Menn, Meeresexpertin von Greenpeace.

Der Fischtrawler "Jan Maria" gehört mit einer Länge von 117 Metern und rund 5.000 Tonnen Ladekapazität zu den größten Schiffen der Fischereiflotte in der Europäischen Union (EU). Deren Fangkapazität ist zwei bis dreimal höher als für eine nachhaltige Fischerei gut wäre. Die Folge: Die Fischbestände in EU-Gewässern sind massiv überfischt, die Fangflotte ist hoch subventioniert und beutet andere Meeresregionen aus, wie zum Beispiel vor Westafrika. In die "Jan Maria" sind seit 1999 über 23 Millionen Euro direkte und indirekte EU-Fördergelder geflossen, wie ein aktueller Bericht von Greenpeace zeigt (<http://gpurl.de/V6oq4>).

Fischereiminister versagen beim Schutz der Meere

Die EU-Fischereiminister haben bei der jährlichen Vergabe der Fisch-Fangquoten Mitte Dezember erneut wirtschaftliche Interessen über den Schutz der Fischbestände gestellt. Fast nie folgen die Minister den Empfehlungen der Kommission. Stattdessen beschließen sie höhere Fangquoten oder schwächen die empfohlenen Reduzierungen ab. So wurde zum Beispiel für den Hering in der südlichen Nordsee eine Erhöhung um 68 Prozent beschlossen anstelle der empfohlenen 19 Prozent. Für den Kabeljau im Seegebiet des Kattegatts hatte die Kommission einen Fangstopp gefordert, entschieden haben die Minister jedoch nur, die Quote um 30 Prozent zu reduzieren.

EU-Kommission erklärt europäische Fischereipolitik für gescheitert und will Reform

Die EU-Kommission hat sich und ihrer Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ein Versagen auf ganzer Linie bescheinigt. In ihrem Grünbuch aus dem Jahr 2008 heißt es, dass 88 Prozent der kommerziell genutzten Fischbestände in EU-Gewässern überfischt seien und die EU-Flotte bereits ein Viertel ihrer Fänge außerhalb Europas fische. Dies sei ein Resultat der riesigen Überkapazität der EU-Flotte und ihrer zerstörerischen Fangmethoden. Deshalb steht beides in der aktuellen Reform auf dem Prüfstand.

Greenpeace fordert, dass die Überkapazitäten der Fangflotte abgebaut werden. Zudem müssen die Quoten künftig den wissenschaftlichen Empfehlungen folgen. Die Umweltschützer protestierten bereits beim Einlaufen der "Jan Maria" in Bremerhaven gegen die Überfischung der Meere.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Iris Menn, Tel. 0171-8880 023 oder Pressesprecher Björn Jettka, Tel. 0171-8780 778. Fotos erhalten Sie unter Tel. 040-30618-377, Videomaterial unter Tel. 0172-3158147. Webmagazin zu Fischerei vor Westafrika: <http://sos-oceans.greenpeace.de> http://twitter.com/greenpeace_de <http://www.facebook.com/greenpeace.de>

Originaltext:

Greenpeace e.V.

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/6343/greenpeace-e-v>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_6343.rss2